Globethics Repository



Banken müssen kleiner werden

This page was generated automatically upon download from the Globethics Repository. More information on Globethics see https://www.globethics.net. Data and content policy of Globethics Repository see https://repository.globethics.net/pages/policy.

Item Type	Article
Authors	Mastronardi, Philippe;Stückelberger, Christoph;Cranach, Mario von
Rights	With permission of the license/copyright holder
Download date	2026-11-09 05:30:43
Link to Item	http://hdl.handle.net/20.500.12424/173614

Banken müssen kleiner werden

Manifest gegen die Krise: Die Wissenschaftler Philippe Mastronardi, Christoph Stückelberger und Mario von Cranach fordern tiefgreifende Reformen im Finanzsystem und eine internationale Marktordnung

Im Mai 2008 hat Kontrapunkt in einem Manifest das amoralische Handeln vieler Akteure der Wirtschaft für die drei aktuellen Krisen (die Umwelt-, die Finanz- und die Hungerkrise) verantwortlich gemacht. Inzwischen wird unsere Forderung nach einer sozial- und umweltverträglichen Marktwirtschaft von vielen geteilt. Ethische Prinzipien sind dafür die notwendige Grundlage; sie müssen aber zu Forderungen nach einer grundlegenden Veränderung in Kultur, Politik und Wirtschaft konkretisiert werden. Dies ist Gegenstand dieses zweiten Manifests.

1. Es braucht substanzielle Änderungen am System

Das Verhältnis von Gesellschaft, Staat und Wirtschaft ist neu zu konzipieren. Eine freie Gesellschaft freier Menschen braucht einen Staat, welcher das Gemeinwohl demokratisch definiert und der Wirtschaft Ziele vorgibt, welchen sie zu dienen hat. Es kann keinen «freien Markt» geben, der Einzelmenschen das Recht gibt, sich zum Schaden der Gesellschaft zu bereichern. Die Wirtschaft hat von Rechts wegen eine Gemeinwohlaufgabe im Dienste der Gesellschaft zu erfüllen. Dies gilt insbesondere für den Finanzmarkt.

Der Finanzmarkt hat die Funktion eines Service public im Dienste der Realwirtschaft. Geld und Zahlungssystem sind für unser modernes arbeitsteiliges Leben so wichtig geworden wie etwa Energieversorgung, Verkehrsleistungen, Bildung oder Sicherheit. Wenn Markt und Wettbewerb die Versorgung mit Geld und die Funktion des Zahlungssystems nicht garantieren können, muss der Staat eingreifen. Er muss den Service public mithilfe von Regeln, Auflagen und Garantien gewährleisten. In jedem Fall muss er den Finanzmarkt mit konkreten Massnahmen begrenzen.

2. Es braucht Begrenzungen finanzwirtschaftlicher Prozesse und Strukturen

Zunahme der Geldvermögen und der Verschuldung: Mit dem ungeheuren Anwachsen der Buchwerte (Wertpapiere) und des Buchgeldes (Kredite) bei wenigen Privatpersonen und institutionellen Anlegern wächst auch die Verschuldung, da das Buchgeld ausgeliehen wird. Damit wachsen die Risiken für die Finanzsysteme.

Das Verhältnis der Finanz- zur Realwirtschaft: In allen entwickelten Ländern sind die Geldvermögen erheblich schneller gewachsen als das Bruttoinlandprodukt. Hinzu kommt die unerhörte Beschleunigung der finanziellen Transaktionen. Die Finanzwirtschaft hat sich dadurch von der Realwirtschaft abgehoben und ist zu einer gefährlichen Blase geworden.

Mögliche Massnahmen gegen diese Gefahren sind: 1. die Beschränkung der Grösse der Geldvermögen (z. B. durch geeignete Besteuerung), 2. die Entschleunigung der Transaktionen durch eine entsprechende Kontrolle der Finanzmärkte (und Abgaben auf Börsentransaktionen), 3. Eingung der Kreditschöpfung durch Deckungsregeln.

Die gefährliche Grösse der Schweizer Banken: Die Bilanzsumme der beiden grössten Schweizer Banken beträgt ein Mehrfaches des schweizerischen Bruttoinlandprodukts. Damit gefährdet ein Zusammenbruch dieser Banken die gesamte Volkswirtschaft (vgl. das warnende Beispiel Islands). Diese Unternehmen müssen auf eine Grösse zurückgeschnitten werden, die in einem tragbaren Verhältnis zur Schweizer Volkswirtschaft steht.

Gefährliche Finanzprodukte und -transaktionen:

Die beliebige Erfindung gefährlicher («giftiger») Finanzprodukte und die Ausführung marktschädigender Transaktionen (z. B. Leerverkäufe) muss kontrolliert und wo nötig unterbunden werden.

Ohne diese Begrenzungen wird die gegenwärtige staatliche Stützung von Grossbanken selbst zu einem erheblichen Systemrisiko: Die extrem wachsende Staatsverschuldung gefährdet die zukünftigen Handlungsmöglichkeiten der Staaten; rein strukturerhaltende Stützmassnahmen erschweren den notwendigen Wandel.

3. Es braucht eine internationale Marktordnung

Die aktuelle Weltwirtschaftskrise ruft nach international verbindlichen Regelungen einer globalen Ordnungspolitik des Wirtschaftens. Das bedingt supranationale Rahmenordnungen für den globalen Wettbewerb. Diese sind vorzugsweise bei Uno-Organisationen anzusiedeln, weil damit auf globaler Ebene eine gleichberechtigte Teilnahme der Staaten und ihrer Bevölkerungen ermöglicht wird. Die politische Weltgemeinschaft muss der wirtschaftlichen Teilordnung die Vorgaben machen, nicht umgekehrt. Diese Rahmenordnungen sollten u. a. folgende Elemente umfassen:

- Der weltweite Finanzmarkt braucht einen Leistungsauftrag im Interesse einer gemeinwohlorientierten Realwirtschaft.
- Die Ordnung der Marktwirtschaft muss die Beteiligung des Arbeitsmarktes am Erfolg des Kapitalmarktes vorsehen.
- Die Spanne zwischen den geringsten und den höchsten Löhnen eines Unternehmens ist zu begrenzen.
- Für Gewinne und Wachstum von Unternehmungen sind Obergrenzen vorzusehen, die sich am Prinzip der Nachhaltigkeit orientieren und durch negative Anreize (Gewinn- und Wachstumsabgaben) sanktioniert werden.
- Die Steuerflucht durch Steuerhinterziehung oder -betrug muss durch Rechtshilfeabkommen mit allen Rechtsstaaten bekämpft werden.

Die Schweiz hat in diesen Fragen bisher oft in beschämender Weise ihre ordnungspolitischen

«Spanne zwischen geringsten und höchsten Löhnen in Unternehmen begrenzen»

Überzeugungen einer egoistischen Interessenpolitik geopfert (so beim Bankgeheimnis). Nun beginnt sie sich auch in diesen Belangen zu öffnen. Sie kann durch eine umfassende und solidarische internationale Kooperation nur gewinnen, denn sie ist als Kleinstaat selbst auf eine faire globale Ordnungspolitik angewiesen. Anzustreben ist ein Mehrebenen-Modell der demokratisch gesteuerten Weltwirtschaftsordnung mit weltweiten, regionalen und nationalen Teilkompetenzen.

4. Es braucht eine neue Kultur der Politik und der Wirtschaft

Unsere heutige Wirtschaftsordnung (und in ihrem Schlepptau auch die politische Praxis) setzt einseitig auf Wettbewerb. Damit wird die solidarische Orientierung des Menschen ausgeblendet. In unserer Motivation wie im Handeln sind wir aber nicht nur auf Wettbewerb, sondern ebenso auf Kooperation mit andern ausgerichtet und angewiesen. Dem sollte auch die künftige politische Verfassung der Wirtschaft Rechnung tragen.

Institutionelle Änderungen sind zwar notwendig, aber nicht hinreichend. Sie bilden eine Voraussetzung dafür, dass sich das Verhalten von uns Bürgerinnen und Bürgern ändern kann: Auch wir sollten nicht nur auf quantitatives Wachstum zielen; wir sollten Glück und Lebensqualität nicht nur an materiellen Werten messen.

Hinter dem Systemproblem liegt also ein Kulturproblem in Politik und Wirtschaft. Deshalb müssen wir einen Kulturwandel einleiten: Nötig ist ein ordnungspolitischer Konsens über die Grundsätze der Freiheit, der Fairness und der materiellen Gerechtigkeit in unserem öffentlichen Zusammenleben. An diesen vorgegebenen Zielen und Leitplanken muss sich der Wettstreit der Interessen ausrichten. Die Einhaltung dieser Schranken ist durch positive und negative Sanktionen (Anreize und Strafen) durchzusetzen.

Appell

Wir wenden uns mit diesem Aufruf an den Bundesrat, die eidgenössischen Räte und die politischen Parteien und fordern sie auf, die institutionellen Rahmenbedingungen zu schaffen, welche für die Umsetzung der vier Ziele unerlässlich sind. Vieles lässt sich durch internationale Initiativen und nationale Gesetzgebung verwirklichen. Wo nötig, ist auch die Bundesverfassung zu revidieren. Aber auch kurzfristige Massnahmen müssen sich an der angedeuteten ordnungspolitischen Reform des Finanzmarkts orientieren.

Das Manifest kann im Internet unterzeichnet werden

Die Wissenschaftlergruppe Kontrapunkt will die oft unbefriedigende und polarisierende öffentliche Diskussion durch wissenschaftlich fundierte, interaktiv erarbeitete Beiträge vertiefen.

Kontrapunkt, der zurzeit 24-köpfige «Schweizer Rat für Wirtschafts- und Sozialpolitik», entstand auf Initiative des «Netzwerks für sozial verantwortliche Wirtschaft». Diesen Text haben folgende Mitglieder mitunterzeichnet: Gabriella Bardin Arigoni, Universität Genf; Prof. Dr. Jean-Daniel Delley, Universität Genf; Dr. Peter Hablützel, Hablützel Consulting; Dr. iur. Gret Haller, Universität Frankfurt am Main; Prof. Dr. Hanspeter Kriesi, Universität Zürich; Prof. em. Dr. René Levy, Universität Lausanne; Prof. Dr. Philippe Mastronardi, Universität St. Gallen; Prof. Dr. Hans-Balz Peter, Universität Bern; Prof. Dr. Christoph Stückelberger, Universität Basel; Prof. em. Dr. Peter Tschopp, Universität Genf; Prof. Dr. Peter Ulrich, Universität St. Gallen; Prof. em. Dr. Mario von Cranach, Universität Bern; Prof. Dr. Karl Weber, Universität Bern; Prof. Dr. phil. Theo Wehner, ETH Zürich; Daniel Wiener, MAS-Kulturmanager; Prof. em. Dr. Hans Würgler, ETH Zürich.
Eine ausführliche Fassung des Manifests findet sich unter www.rat-kontrapunkt.ch. Sie kann dort von jedermann mitunterzeichnet werden.